

## ***Rede zum Nachtragshaushalt 2013***

Sehr geehrter Stadtvorsteher, meine Damen und Herren, liebe Pressevertreter,

leider muss ich Ihnen zum Beginn meiner Rede schon eine Enttäuschung bereiten. Wie Sie sehen, ist der vom Höchster Kreisblatt ausgerufene Generationenwechsel ausgesetzt worden – die junge Generation hat Urlaub, und so müssen die Alten ran. Ich hoffe aber, trotzdem Ihr Gehör zu finden.

Was gibt es Neues im Nachtragshaushalt, was wir nicht schon letztes Jahr wussten?

Wenig. Nachdem der größte Gewerbesteuerparer der Stadt zum Jahresbeginn ausgefallen war und Bad Soden ein Einnahme-Loch von 15 Mio. Euro beschert hat, steht nun auch in Bad Soden als eine der letzten Städte im Main-Taunus-Kreis das Thema „Sparen“ ganz oben auf der offiziellen Wunschliste. Nun erst werden Ideen geduldet, um das chronische Verwaltungsdefizit von über 4 Mio. zu reduzieren, das seit Jahren immer nur durch Sondereinnahmen, Auflösen von Rücklagen oder Grundstücksverkäufe kaschiert worden ist. Auch das vorherige Aufblähen der veranschlagten Ausgaben, um dann bei geringeren Ausgaben sagen zu können „Wir haben gespart“ zieht nicht mehr.

Hätten wir etwas in der Vergangenheit dagegen tun können? Ich meine, ja. Die Möglichkeiten hoher außerplanmäßiger Gewerbesteuer-Einnahmen von 2007 und 2010 wurden nicht zur Schuldenreduzierung und Absenkung der Zins- und Tilgungszahlungen genutzt. Stattdessen wurden die außerplanmäßigen Gelder zuerst zinsbringend angelegt und dann durch den Defizithaushalt wieder abgeschmolzen, ohne die Schulden zu tilgen. Hier wurden Chancen vertan!

Begründet wurde das vom Bürgermeister damals mit dem Hinweis: Die kommunalen Schuldenzinsen sind ja billiger als die Zinseinkünfte beim Anlegen: wozu also Schulden abzahlen? Damals war unser Argument, dass die Auflösung der Rücklagen - ohne bestehende Schulden zu beachten - mit Schuldenmachen gleich zu setzen sei, aber niemand hat das damals ernst genommen; das chronische Defizit wurde ignoriert. Das Gift des leichten Geldes hat gewirkt: Es kam ja nicht drauf an!

Nun aber stellt sich heute, nachdem die Einnahmen zusammengebrochen sind, die Gretchenfrage: Wie sollen wir sparen?

Für den Haushalt 2012 hatten die Grünen sich die Arbeit gemacht, konkret für 128 Haushaltspositionen überproportionale Steigerungen in Frage zu stellen um damit 4,8 Mio. € einzusparen. Da beschied die Verwaltung nur kurz und knapp: Hier können (oder wollen?) wir nicht sparen. Die FDP machte es sich da leichter: Sie forderte nur pauschal eine (erste) Kürzung von 5%, im Detail von der Verwaltung zu realisieren. Dies lässt der Verwaltung kreative Freiheit, aber löst das eigentliche Problem nicht.

Auch die interfraktionelle „Haushaltskonsolidierungsgruppe“, die in diesem Jahr eingerichtet wurde, kann nur Einsparmöglichkeiten konstatieren. In hoher Übereinstimmung wurden viele Investitionen geschoben oder ausgesetzt. Dies verschiebt das Problem auf später, aber löst es nicht.

Wenn wirklich gespart werden soll, müssen politische Prioritäten gesetzt werden (Was wollen wir erhalten, was ist uns nicht so wichtig?) und darüber entschieden werden.

Wie sollen diese Fragen entschieden werden? Letztendlich kann zwar nur die Vertretung aller Einwohnerinnen und Einwohner, die Stadtverordnetenversammlung, darüber entscheiden. Vorher aber werden noch viele Lobbygruppen aktiv: Die Sportvereine, die um ihre kostenfreien, subventionierten Sportstätten fürchten, die Kirchen, deren Kindererzieherinnen von der Stadt finanziert werden, die Bürgerinnen und Bürger, die um Öffnungszeiten von Bibliotheken, Museen und Galerien fürchten und keinen Bürgerservice eingeschränkt sehen wollen: Sie alle haben berechnete Interessen. Geld lässt sich bekanntermaßen nur einmal ausgeben: aber für wen?

Hier könnte man von anderen Städten lernen, die das schon durchgemacht haben. Stellt man alle Einzelposten mit ihren Summen und ihren Konsequenzen den Bürgerinnen und Bürgern vor, und nimmt man noch alle Vorschläge dazu, die interessierte Einwohnerinnen und Einwohner einbringen, so kann man ein Meinungsbild von allen BürgerInnen erhalten, die an der eigenen Stadt mit ihren Lebensbedingungen Interesse haben. Dieses Vorgehen wird „Bürgerhaushalt“ genannt: ein echt demokratisches Instrument, gerade in Sparzeiten. Beispiele dafür gibt es viele, so z.B. in Bonn, bei denen zum zweiten Haushalt inzwischen über 1900 BürgerInnen mitreden, oder Sulzbach. Es ist falsch, die BürgerInnen für so egoistisch und dumm zu halten, dass sie dabei nur ihr eigenes Schäfchen ins Trockene bringen und alle kommunalen Leistungen kostenlos haben wollen. Die meisten Bürgerinnen und Bürger sind durchaus bereit, für eine intakte Gemeinde mit guten Leistungen auch gutes Geld zu zahlen. Sparen bei einem Bürgerhaushalt bedeutet nicht automatisch, dass wichtige Leistungen gestrichen werden, sondern eine echte Rückbesinnung auf die wirklich wichtigen Schwerpunkte des Haushalts. Alle Leistungen müssen auf den Prüfstand; eine Bewertung (*Produktkennzahlen*), die Selektion der Aufgaben sowie die Festsetzung von Eckwerten (*Budgets*), an die sich die Fachabteilungen halten müssen, bringen Klarheit und Übersicht in einen Haushalt und fördern sein Verständnis. Und dies nicht zuletzt auch bei den Stadtverordneten, die ihn beschließen sollen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Stadtverwaltung zukünftig ihre Planungen auf niedrigere, relativ sichere Steuereinnahmen aufbaut und dann die erhofften, aber kaum kalkulierbaren Mehreinnahmen für die Schuldentilgung einsetzt. Dadurch wird die Stadt finanziell stabiler und ist durch plötzliche Steuerschwankungen weniger verletzlich. B90/Die Grünen haben bereits im Programm für die Kommunalwahl in 2011 gefordert, in den Jahren bis 2016 die städtischen Schulden zu halbieren. Nur dieser Weg stellt verantwortliche Politik dar. Überdimensionierte Neubauplanungen für ein neues Rathaus, ein neues Parkhaus, städtische Wohnungen für verdiente Mitarbeiter etc. passen da einfach nicht in die Zeit, so wünschenswert sie prinzipiell auch sein mögen.

Gerade der Wegzug eines einzigen Unternehmens mit rund 15 Mio. Euro an Gewerbesteuer hat gezeigt, wie volatil die städtischen Finanzen sind, wenn sie zu sehr auf niedrigen Gewerbesteuersätzen und damit auf dem „Prinzip Hoffnung“ aufgebaut sind, Steuereinnahmen auf Kosten anderer Gemeinden zu realisieren. Eine Abwärtsspirale der Gewerbesteuersätze kann nicht im Interesse aller Kommunen sein.

Ich möchte zusammenfassen: Die Einrichtung der Haushaltskonsolidierungsgruppe und die Überarbeitung der Finanzen war lange überfällig und ist ein Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend aber dabei ist, ob auch tatsächlich die Subventionen genannt und in einem Interessenausgleichsprozess angedacht werden. Der jetzige Haushalt geht in die richtige Richtung, lässt aber viele Maßnahmen vermissen.

Aus diesem Grund befürworten wir den Haushalt nicht, sondern werden uns der Stimme enthalten und abwarten, ob nun endlich bei der Regierungskoalition auch über kurzfristige Hektik hinaus gelernt wurde.

Rüdiger Brause  
B90/Grüne Bad Soden

